

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917**

557 (29.11.1917) Mittagsblatt



In dieser Lage kam nun die überraschende Wendung der Dinge durch die Sozialdemokratie. Ihre Erklärung, daß sie die Fiktion des Großblocks nicht aufrecht erhalte, entzog der bisherigen Auffassung der Linken jeden Boden und erhob den Anspruch des Zentrums als der zahlenmäßig stärksten Partei zu voller Berechtigung. Daß das Zentrum, welches die Kunst des Markens auf den gegebenen Augenblick trefflich versteht, die gebotene Gelegenheit sofort wahrnahm, war nur natürlich. Unnatürlich aber war die von der Sozialdemokratie gewählte Form, die unsie peinlicher wirkte, als sie, die seit dem Jahre 1909 nicht zu ihrem Schaden bei der Stange geblieben war, nun das Tischstuch zerriß, ohne vorher die selbstverständliche Pflicht zu üben, mit den Fraktionen der Nationalliberalen und Fortschrittler Führung zu nehmen. Dies Auftreten sieht wie eine Bruchstange aus, und sollte es wohl auch sein. Ob geheime Gänge zur Zentrumspartei bei dieser Wendung vorhanden waren, erscheint fraglich, denn die neue Lage kam den Herzen der Rechten so überraschend, daß der Telegraph nach Berlin dringend in Bewegung gesetzt werden mußte, um den Erwählten des Zentrums für die Stelle des Präsidenten, Abgeordneten Dr. Behner, rechtzeitig von dort zurückzurufen.

Die Folgen des sozialdemokratischen Schrittes werden zunächst wohl nicht erhebliche sein, sie werden aber späterhin außerhalb des Landtags, von Bedeutung werden. Ob sich die Sozialdemokratie dies alles recht überlegt hat, steht dahin. Wir können nicht zugeben, daß es klug war, durch die Art und Weise der Kündigung des Großblocks in dem Augenblick die Früchte einer auf gemeinsame Taktik gegründeten Arbeit in Frage zu stellen, da es nach Lage der Dinge galt, die Forderungen einer neuen Zeit zu ziehen. Die Sozialdemokratie wird allein nicht stark genug sein, dies zu tun, und deshalb erscheint ihre Haltung nicht als Ausfluß vortrefflicher politischer Weisheit.

Ohne uns weiter in dieser Sache festzulegen, dürfen wir sagen, daß die nationalliberale Partei der neuen Lage mit Mißtraue und Zorn gegenübersteht. Weite Kreise in ihr werden es sogar begrüßen, daß die Lösung aus den bisherigen Verhältnissen der Partei ihre volle Freiheit in faktischer Hinsicht wiedergibt und sie befähigt, ohne Rücksicht auf Rechts und Links, ihren Weg zu gehen. Sie tut dies im Bewußtsein, der Kraft ihrer Ideale und des tiefen vaterländischen Empfindens, der ihr alle sichern, denen eine vernünftige fortschrittliche und freiheitliche Politik im Interesse des Landes und Reiches notwendig erscheint.

## Professor Meinecke und die Vaterlandspartei.

### Eine Entgegnung.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt (Sonntag, den 25. November, zweites Morgenblatt) einen geharnichten Angriff des Prof. Meinecke gegen die „Vaterlandspartei“. Die Auslassung ist nicht ohne haltlose und verletzende Unterstellungen. Da wird es einem Mitgliede der Vaterlandspartei, der dem Arbeitsausschuß derselben angehört, gewiß verstatet sein, darauf zu erwidern.

Es handelt sich, führt Kollege Meinecke (auch ich bin Geschichtsprofessor) aus, für Deutschland um einen „Verteidigungs- und Selbstbehauptungskrieg“, als solcher sei er angesehen worden, als solcher müsse er ausgetragen werden, es würde sonst der moralische Kitt, der das deutsche Volk zusammenhalte, zu zerbröckeln beginnen. Er sei „ein ganz gefährliches Experiment, das deutsche Volk auf die Bahn der Eroberungspolitik führen zu wollen“. Dies wollten nicht nur die „Altsachsen“, das will auch die Vaterlandspartei!

Als Warnung hiergegen wird nichts geringeres ausgespielt, als die Eroberungspolitik und das Weltbeherrschungsgeheiß Napoleons, dem wir nachsehen sollen!

Nord Northcliffe und die Staatslenker an der Themse könnten nicht wirklicher sekundiert werden, als es durch diese Auslassungen Prof. Meineckes geschieht.

Wo und wann hätte die Vaterlandspartei mehr verlangt, als einen Sicherheitsfrieden? Wo sind die Länder, die sie erobern, die Völker, die sie unterjochen will? Was will sie mehr als die Sicherung unserer Grenzen und unserer Weltstellung? Die elementaren Voraussetzungen des Friedens und der Entwicklung des Deutschen Reiches?

Belgien, nicht etwa dem Reiche einverleiben und somit annektieren, sondern nur soweit unter unsere Schutzherrschaft bringen, daß es nicht ein englischer Brückenpfeiler und ein nanzösisches Ausfalltor in unsere empfindliche Platte werde, heißt das „Eroberung“? War eine Eroberung nach napoleonischem Vorbilde? Sind es nicht die deutschen Waffen, die Belgien 1814/15 von Frankreich befreit und 1870 noch einmal dessen Eroberung durch die Franzosen vorgebeugt und dessen Unabhängigkeit erloschen haben? Wäre es ein Unglück für Belgien, wenn sie es in Zukunft durch den Krieg würden, wieder zum europäischen Schauplatz zu werden?

Über, im Osten, die einst deutschen Ostprovinzen, die ihrer Kultur nach es heute noch sind, von russischer Vergewaltigung und Mißwirtschaft befreit und dem Deutschen Reiche, als dessen naturgemäße Nordostmar, wider angliedern, ohne deswegen der einheimischen Bevölkerung, soweit sie nicht deutsch ist, ihre Eigenart zu nehmen, wäre strafliche Eroberungspolitik? Sollen die Provinzen wieder an das Russentum kommen, damit es die deutsche Kultur vollends medertrete und mit Hilfe der hierzu aufgerufenen und fanatisierten Letten die deutschen Väter austrotte? Sollen weit über eine Million deutscher Kolonisten, die als Anbauer einer höheren Kultur ins Russenreich hineingelockt worden sind, nun nunmehr enteignet und bis nach Sibirien hinein verschleppt zu werden, ihrem Schicksal überlassen werden? Liegt etwas näher, als sie in den Ostprovinzen anzusiedeln, wo es noch genug unbebaute Flächen gibt? Oder sollen sie, was schon im Werke ist, nach Kanada befördert werden, um zu Anglikanern zu werden und damit zu Totfeinden des Deutschen Reiches? Sollen die Ostprovinzen gar zur englischen Machtbasis geschlagen werden, damit England uns auch in der baltischen See schwachmacht setze?

Selbst die Lösung der baltischen Provinzen von Rußland und deren Neuangliederung an das Deutsche Reich, so erprobenswert dies auch sein mag, steht nicht als Forderung auf dem Programm der Vaterlandspartei. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß es nützlich und vom Vorteil ist, sich auf Friedensziele festzulegen, bevor der Ausgang des Waffenganges entschieden ist. Selbst eine solche „Partei“ sollte dies sowohl im eigenen Interesse, wie in dem der Gesamtheit vermeiden. Man kann in dieser Hinsicht sich nicht lange genug freie Hand vorbehalten. Wir begrüßen es daher, wenn zumal der Reichskanzler sich durch keinerlei Druck verleiten läßt, sich in bezug auf die Friedensziele irgendwie festzulegen oder nur öffentlich zu äußern. Eben der Umstand, daß die Reichstagsmehrheit so zur Unzeit durch die Resolution vom 19. Juli Friedensziele festzulegen versucht hat, ist es gewesen, der die Vaterlandspartei ins Leben gerufen hat.

Die besonnenste Resolution hat nur die Feste in ihrem Entschlusse, die Waffen nicht eher niederzulegen, bis Deutschland

am Boden liegt und sich bedingungslos ergibt, beiträgt. Unsere Gegner haben aus derselben nur geschlußfolgert, daß wir am Ende unserer Kräfte seien. Dieser Schluß lag um so näher, als die so unabweisliche östliche Friedensumgebung der Mittelmächte vorangegangen war und der Reichstag sich die Lösung „ohne Annexionen und ohne Kriegsentzückung“ angeeignet zu haben scheint, die Lösung, welche jene Kräfte ausgegeben haben, die die Revolution ins Rollen gebracht haben und jetzt auf dem letzten Nothwehr stehen. Ich sage „sich angeeignet zu haben scheint“, indem zum Glück von dem, was die Reichstagsmehrheit als ihre Friedensziele ansieht oder angesehen wissen will, niemand nichts Gewisses weiß. Das allergeringste der Resolution besteht darin, daß sie der Reichsregierung die Hände bindet oder jedenfalls zu binden sucht. Soll wirklich der Vertreter des Deutschen Reiches bei der Friedensverhandlung wie in Ketten geschlagen daliegen und erleben, daß wenn er irgend eine dem Gegnern unliebsame Forderung vorbringt, sie ihm diese als „mit der Resolution der deutschen Volksvertretung nicht in Einklang“ höhnisch vor die Nase werfen!

Daß der Friede auf unser Schwert und nur auf dieses gestellt ist, kann nicht größerer in die Erscheinung treten, als dies seit dem Juli geschehen ist. Der Zusammenbruch der russischen Offensive in Galizien, die Befreiung des größten Teils von Galizien und der Bukowina, die Einnahme Rigas, Odesa usw. hat nicht nur die endgültige Verlegung des russischen Millionenheeres bewirkt, sondern hat die russische Friedenspartei anders ruder gebracht. Die italienische Katastrophe in Friaul und Venetien berührt, zumal wenn sie, wie zu erwarten steht, sich noch weiter ausweitet, Sündenbündnis unbehindert auch hier ganze Arbeit macht, eine ähnliche Wirkung auszulösen. Schon sithern die Franzosen davor, daß ihnen ein Gleiches beides sein dürfte. Sind auch nur Rußland und Italien endgültig aus dem Spiele gelegt, so werden auch die Lloyd George und Clemenceau ihre Rolle ausgespielt haben.

Nicht die Reichstagsresolution bringt uns dem Frieden näher, sondern Sündenbündnis mit unseren Feldherren und Manjakern.

Dabei wird es bis zuletzt sein Bewenden behaltn.

Wir im Inlande, hinter der Front, haben nur darüber zu wachen, daß wir nicht erlahmen und womöglich einen „deutschen“ Frieden erlangen statt eines „englischen“. Die Vaterlandspartei will nur denen das Rückgrat steifen und die Augen klären, die aus Kleinmut und Kurzsichtigkeit die Flinte ins Korn werfen möchten und das zu einer Stunde, da wir auf der ganzen Linie obliegen und der Feind uns keine Wahl läßt, es liegen oder unterliegen heißt.

Wir haben die Ueberzeugung, daß eine bewältigende Mehrheit des deutschen Volkes mit der Mehrheit des Reichstages (dessen Mandat übrigens längst abgelaufen ist), wie sie sich am 19. Juli zusammengefunden hat, keineswegs einverstanden ist. Es gibt diese Volksmehrheit zu Worte kommen zu lassen und zur Geltung zu bringen. Es kam dies nur geschehen, indem den Zugehörigen zu den einzelnen geschlossenen Parteien, deren Führer eine andere Lösung ausgegeben haben, die Möglichkeit gewährt wird, ihre in bezug auf die Haltung in der Friedensfrage dissentierende Stimme abzugeben. Daß es sich dabei um wirklich nicht zu verachtende Volksmassen handelt, hat der begeisterte Bezug zur Vaterlandspartei, wie er alsbald in Berlin, München, Dresden und wo immer sie sich aufgetan haben mag, bereits mehr als zur Genüge bewiesen. In Sachsen zählt die Mitgliederliste bereits 70 000 Namen, in Dresden allein 10 000. Wir heißen uns selber eine „Partei“, nur weil keine passendere Bezeichnung sich darbot. Daß wir keine neue Partei bilden, sondern im Gegenteil nur die bestehenden Parteigruppen in einer vaterländischen Lebensfrage außer Kraft setzen wollen, haben wir nachdrücklich und unabweislich und nachdrücklich genug zum Ausdruck gebracht, ebenso daß uns jeder Eingriff in die innere Politik fernliegt. Uns parteipolitische Absichten zu unterstellen, ist daher nicht angängig. Als dieser Tage Tyrps, den wir mit Stolz den Unseren nennen dürfen, von konservativer Seite ein Reichstagsmandat angeboten wurde, hat er dasselbe abgelehnt und zwar weil er kein Parteimandat will, sondern nur für ein solches zu haben ist, das von der „Gesamtheit“ ausgeht. Ist das noch immer nicht deutlich genug?

Prof. Meinecke möchte uns, die wir uns nachsichtigen lassen sollen, ohne zu ahnen, wohin die Reise geht, mit dem blinden Göhrer vergleichen, dem ein schlaues Verführer die verderbliche Waffe in die Hand drückt, um den Vektor eines neuen, besseren Lebenszuges für Deutschland zu töten. Bismarck, dem Meinecke den Vergleich entlehnt, hat ihn genau umgekehrt auf diejenigen angewendet gehabt, die hinter der Resolution vom 19. Juli stehen. Auf welcher Seite der eiserne Kanzler, der Schwärzer des Reiches, sich heute stellen würde, darüber dürfte der Geschichtskundige, dürfte Prof. Meinecke selbst nicht in Zweifel sein.

Karlruhe, den 26. November 1917.

Dr. Art. Böttling.

Professor der Geschichte an der Karlsrüher Hochschule.

## Vor der Gröföffnung des Reichstages.

O Berlin, 29. Nov. Zu dem heute wieder zusammentretenden Reichstag sagen die Morgenblätter übereinstimmend, daß es sich voraussichtlich nur um eine kurze Tagung handle.

Die „Germania“ hegt die Hoffnung, daß die ganze diesmalige Parlamentsitzung einen glatten Verlauf nehmen werde und sagt: Parteien und Regierung haben sich auf Selbstbeschränkung geeinigt in der klaren Erkenntnis, daß die innere Einheitsfront für unsere Kriegsführung nach Außen von der allergrößten Bedeutung ist. Der 29. November kann und muß der Markstein in der innerpolitischen Geschichte dieses Krieges werden, von dem aus der Weg zu einem unsere Zukunft in jeder Beziehung sichernden Frieden fest und sicher führen wird. Das Blatt nimmt an, daß vom Bundesratsstische auch eine Erklärung über Rußland bezüglich der durch die Friedenspolitik der Bolschewiki geschaffenen neuen internationalen Lage gegeben werden wird. Auch der „Vorwärts“ meint, daß der 29. November ein neues Kapitel in der Geschichte des Reichstages und des Reiches einleite.

O Berlin, 29. Nov. Der „Berl. Lokalanz.“ meldet: Nachdem der Reichskanzler Graf Hertling gestern vormittag die Fraktionsführer der Mehrheitsparteien zu Besprechungen bei sich gesehen hatte, empfang er in den späten Nachmittagsstunden die Führer sämtlicher Reichstagsfraktionen, um in etwa 45stündiger Besprechung kurz das Programm seiner heutigen Rede und seine Absichten und Pläne für die nächste Zeit darzulegen. Nach der Konferenz im Reichskanzlerpalais fand dann um 7 Uhr im Reichstagsgebäude eine interfraktionelle Besprechung statt.

O Berlin, 29. Nov. Der Vizekanzler von Bayer, dessen Abreise nach Berlin sich infolge seiner immer noch nicht überwindenen Krankheit bisher verschoben hatte, wird Ende der Woche hier eintreffen. Als feststehend kann diese Abreise auch jetzt noch nicht angelehrt werden.

## Der Bürgerkrieg in Rußland.

### Die Neubildung der Regierung.

WB. London, 28. Nov. (Neuermeldung). Die Times erzählt aus Petersburg, daß an der Versammlung der politischen Führer, die im Hauptquartier zu dem Reichstag stattfand, eine Regierung zu bilden, in der alle Parteien vertreten wären, auch Tschernow, Alkentinow, Miljutow und die Generale Berchtoldski und Zwanow sowie andere teilnahmen. Offenbar hat man noch nicht verstanden, Dutschin zu erleben. Dieser erklärte, daß er den verhaften lassen würde, der käme, um seinen Platz einzunehmen. — Das Regierungsblatt „Pravda“ teilt mit, daß Petersburg auf lange Zeit hinaus vor einem Hungersnot gesichert sei, da eine Anzahl Schiffe mit Getreide sich bereits auf der Neva befinden. Die Ankunft dieser Schiffe wird auf die Wahlen einen günstigen Einfluß ausüben.

### Die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung.

WB. Petersburg, 28. Nov. (Neuermeldung). Bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung gab heute etwa die Hälfte der Petersburger Wähler dafür Stimmen ab. Die letzte Zusammenkunft der Soldatenabgeordneten läßt keinen Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit der Petersburger Garnison auf Seiten der Maximalisten steht. Der revolutionäre Militärschub bemächtigte sich des Bollamts.

### Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

WB. Berlin, 29. Nov. Laut „Berl. Lokalanz.“ wird den „Basl. Nachr.“ aus Bern gedruckt: Die russische Regierung hat den schweizerischen Bundesrat eingeladen, ihre Waffenstillstands- und Friedensvorschläge dem schweizerischen Bundesrat zu übermitteln. Der Bundesrat hat nach Prüfung der Frage in ablehnen dem Sinne darauf geantwortet.

### Der abgesetzte Oberbefehlshaber.

WB. Wien, 28. Nov. (Melbung des Wiener A. S. Telegraphen-Korrespondenzbureaus). Die Nachricht von der Berechtigung des von der Bolschewiki-Regierung abgesetzten Oberbefehlshabers Dutschin hat sich vorläufig nicht bewahrheitet. Es liegt ein von Dutschin unterzeichnetes Auftragsbuch vor, das am 27. vormittags aus dem russischen Hauptquartier erlassen wurde. Sein Inhalt ist nicht sonderlich klar. Dutschin klagt in bewegten Worten über die Verwirrung, die in der Armee und in der Gegend herrscht, und bedauert, daß über die Armee, die das vierte Jahr alle Entbehrungen des Krieges trägt, und sich noch den heimlichen Feinden und den Familien zurückhine, eine neue Art von Verwirrung gekommen sei. Er schließt mit dem Wunsch nach Einigung und Wiederherstellung, ohne Gewalt und ohne Blut der Bojonne.

### Trotz über den Friedensschluß.

O Berlin, 28. Nov. (Bris.-Telegr.). Der „Berl. Lokalanz.“ meldet aus Stockholm: Im Zentralausschuß des Arbeiterrates hielt Trozki eine Programmrede, in der er sagte: Die arbeitenden Klassen Europas betrachten anfangs das bolschewistische Friedensmanifest als eine reine Parteisache. Rußlands Alliierten stellten sich äußerst feindlich. Die in Petersburg beurlaubten Diplomaten traten in praktischen Fragen bereits mit den Bolschewiki in Verbindung. Am feindlichsten stellt sich England, das bei der Fortsetzung des Krieges am wenigsten verliert. Frankreich befindet sich mit dem Ministerium Clemenceau in der letzten imperialistischen Kampfsituation. Italien begrüßt die Revolution mit Begeisterung. Amerika ging in den Krieg nur aus Vorsehung. Weil Europa bereits ausreichend ermattet ist, wird es der russischen Sowjetregierung Toleranz zeigen. Ich werde durch meine Politik den Druck auf Westeuropa vermehren.

### Die Spannung zwischen Rußland und der Entente.

\* Berlin, 28. Nov. Das Blatt „L'Entente“, das vorwiegend von den Petersburger Entente-Botschaftern gespeist wird, meldet, daß die Spannung zwischen Rußland und den Alliierten in den letzten Tagen an Schärfe immer mehr zugenommen habe, so daß vonseiten der Entente nunmehr die schärfsten Maßnahmen unabweisbar seien. „L'Entente“ meldet dann weiter, daß Trozki in einer neuen Note im Namen des Rates der Volksbeauftragten an die Alliierten die Forderung gerichtet habe, die russischen Truppenabteilungen in Frankreich und Mazedonien sofort in ihre Heimat abziehen zu lassen, ferner die unter englischen Kommando stehenden russischen Flottenstreitkräfte sofort herauszugeben und endlich die Uebergabe der Kommandogewalt an Alexander, Wrenan und Alexandrowski durch den englischen Kommandanten an die lokalen Bolschewikofforen vorzunehmen.

### Die Gegen-Revolution.

(Berlin, 29. Nov. In der „Voll. Sta.“ wird über Kaledin und seine Drahtzieher berichtet: Man wolle in Petersburg wissen, daß Verhandlungen zwischen dem bisherigen Oberbefehlshaber Dutschin und Kaledin stattgefunden hätten und daß ein groß angelegter Versuch einer Gegenrevolution eingeleitet worden sei, bei dem Petersburger Ententebotschafter eine wesentliche Rolle gespielt hätten.

### Die Ukrainer.

WB. Havranova, 29. Nov. Laut „Dielo Naroda“ erklärte der ukrainische Zentralrat vom 20. November bei Ausrufung der Ukraine als Republik, die mit dem übrigen Rußland verbunden zu bleiben solle, er werde alle Kräfte dafür einsetzen, die russische Republik zu stützen und ihre Freiheit zu fördern.

## Die russischen Geheimpapiere.

St. Petersburg, 28. Nov.

In der „Pravda“ vom 24. Nov. wird die Veröffentlichung von russischen geheimen diplomatischen Dokumenten festgestellt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zur Weltöffentlichkeit von geringerem Interesse.

Am 5. November 1915 telegraphierte der Kaiser des Reiches Saffonow dem Botschafter in Paris über Englands Zustimmung zu Rußlands Wünsche wegen Konstantinopel und sagt am Schluß des Telegramms was Frankreich anbelangt: „Für mich persönlich, der ich das größte Vertrauen zu Delcasse habe, sind die Versicherungen, die er abgab, vollkommen genügend, aber die russische Regierung muß wünschen, präzisiertere Versicherungen über Frankreichs Zustimmung, daß es unseren Wünschen entgegenkommt, zu erhalten, gleich den Versicherungen, die England abgegeben hat.“

Am 7. März 1915 telegraphierte Saffonow dem Botschafter in London u. a.: „Am den von den Alliierten gewonnenen Durchbruch durch die Dardanellen zu erleichtern, ist die russische Regierung bereit, dazu mitzuwirken, daß die Staaten, deren Mitwirkung Großbritannien und Frankreich müßig erscheinen kann, auf dem besten Fuß für diese Aufgaben engagiert werden.“

In dem Schiffstaktogramm vom 23. Januar 1917 an die russischen Botschafter in Paris, London, Tokio und Washington und den Gesandten in Stockholm spricht Tereftschenko über die Entwicklung der Kornilow-Affäre und konstatiert u. a., daß die Affäre wesentlich hervorgerufen wurde durch das gegenseitige Mißverständnis, verursacht durch das Auftreten verschiedener mangelnder apokrypher Zwischenhändler zwischen dem Hauptquartier und der Regierung. Ueber Tereftschenko's Ernennung zum höchsten Oberbefehlshaber wird gesagt, daß diese zur Beruhigung der demokratischen Elemente und der Soldaten notwendig war, der tatsächliche Leiter der Kriegsoperationen werde der zum Etabschef ernannte General Plezejew werden.

Ein Telegramm des Ministers des Aeußern vom 9. Oktober an die gleichen Botschafter berichtet über die Stimmung beim Zustandekommen des Korparlaments, worin Tereftschenko eine wichtige Erregungsfähigkeit sieht. Er konstatiert einerseits eine große Nachgiebigkeit der moderat-sozialistischen Kräfte, aber auf der anderen Seite, daß die Extremisten einen großen Erfolg bei den Wahlen haben, deren Bedeutung jedoch, wie er glaubt, stark vermindert werden würde.

In einem Telegramm des gleichen Botschafters nach Nizza vom 11. Oktober sagt Tereftschenko, daß dieser einen starken Eindruck machte und erwidert, daß dies nicht unangenehm sei, es nicht unangenehm sei zu hören, daß die Mitteilungen von den Alliierten nach Petersburg, insbesondere die betreffenden Äußerungen der Zeitungen über die Ereignisse an der russischen Front, in patriotisch gestimmten Kreisen einen peinlichen Eindruck machten, während man hier, hat er, alle Anstrengungen macht, um die Entschlossenheit zu befestigen und den Krieg um jeden Preis fortzuführen, und während die Stimmung in der Gesellschaft zugunsten der Bundesgenossen vorhanden ist, scheint die Meinung bei den Letzteren gleichsam ihr Vertrauen zu verlieren. Dies erregt hier Verwunderung, weil unsere Zustände trotz aller Mißgeschicklichkeiten die Deutschen zwang, an unserer Front größere Streitmächte zu konzentrieren als jemals vorher. Tereftschenko hofft, daß die Amerikaner die materielle Fortsetzung des Krieges übernehmen würden. Die Amerikaner scheinen es übernommen zu haben, unsere Eisenbahnverbindungen in Ordnung zu bringen. Diese Frage war für uns von außerordentlichem Interesse, weil nämlich die technischen und materiellen Fragen bei uns im Begriff sind, hinsichtlich der Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu führen, schließlich einen drohenden Charakter anzunehmen. Im Grunde hiervon wäre ich geneigt, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zum Vorrückgehen zu ergreifen, daß sie allhier wie bisher an der Organisation unserer Industrie und unserer Kommunikation teilnehmen möchten, wenn eine Bereitschaft ihrerseits wirklich vorliegt. Ich bitte Sie deshalb, vorzüglich in dieser Richtung das Terrain zu sondieren und mir Ihre Eindrücke mitzuteilen.

Am 20. September 1917 telegraphiert Tereftschenko an die Vertreter des Bundes in Paris, Rom und London: „Aus den Unterredungen mit dem hiesigen Botschafter der Alliierten, in Sonderheit mit dem österreichischen von ihnen, dem amerikanischen Botschafter, siehe ich den Schluß, daß unsere Bundesgenossen auf einer der letzten Konferenzen in Paris oder London das Liebesverständnis getroffen zu haben scheinen, betreffend die Verteilung derjenigen Gebiete unter sich, die uns künftig eine materielle Fortsetzung des Krieges gewähren müßten. Die Amerikaner scheinen es übernommen zu haben, unsere Eisenbahnverbindungen in Ordnung zu bringen. Diese Frage war für uns von außerordentlichem Interesse, weil nämlich die technischen und materiellen Fragen bei uns im Begriff sind, hinsichtlich der Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu führen, schließlich einen drohenden Charakter anzunehmen. Im Grunde hiervon wäre ich geneigt, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zum Vorrückgehen zu ergreifen, daß sie allhier wie bisher an der Organisation unserer Industrie und unserer Kommunikation teilnehmen möchten, wenn eine Bereitschaft ihrerseits wirklich vorliegt. Ich bitte Sie deshalb, vorzüglich in dieser Richtung das Terrain zu sondieren und mir Ihre Eindrücke mitzuteilen.“

### Deutschfeindliche Propaganda in der Schweiz.

(Berlin, 29. Nov.) In den Entente-Kreisen in der Schweiz wird in der „Woch. Ztg.“ gesagt: Die französische Presse benutzte die Zürcher Unruhen als einen Vorwand für ihre antideutsche Propaganda in der Schweiz und verfuhr, glauben zu machen, als ob Deutschland ein Interesse daran habe, die militärische Schlagkraft der Schweiz durch anarcho-sowjetische Unruhen zu schwächen. Ein Gewährsmann der „Woch. Ztg.“ kann nach Erkundigungen von maßgebender Stelle in Zürich mitteilen, daß der bisherige Gang der Untersuchung nicht den mindesten Anhaltspunkt für solche unsinnige Andeutungen ergeben habe. Die revolutionären Vorgänge, die aus der wirtschaftlichen Lage zu erklären seien, seien in erster Linie auf das Treiben einiger nicht ganz normaler Persönlichkeiten zurückzuführen, sowie auf Unruhen von Personen, deren anarcho-sowjetische Gesinnung der Polizei schon lange bekannt sei.

### Ein Eisenbahn-Attentat in der Schweiz.

WW, Bern, 28. Nov. Nach Meldungen Schweizer Blätter fand man im Eisenbahnzuge Zürich-Schaffhausen Brandbomben, die nach der Untersuchung der Kantonschemiker eine Art hochexplosives Petroleummischer enthielten, wie er bei den Flammenwerferangriffen verwendet wird. Man glaubt, daß es sich hier um einen Versuch handelt, den Zugverkehr zwischen der deutschen Grenze und der Schweiz zu stören.

### Die Zustände in Italien.

WW, Bern, 28. Nov. Der „Aventi“ enthält Nachrichten über eine großangelegte Arbeiterbewegung in der Provinz Rom, mit der wahrscheinlich die bereits erfolgte Auflösung zahlreicher Gemeindevormaltungen im Zusammenhang steht. Viele Frauen wurden wegen Gefährdung der Landarbeiten mit Gefängnis bestraft. Das Blatt richtet eine Mahnung an alle Sozialisten, in den besetzten Gebieten zu bleiben, und auch dort nicht zu fliehen, wo ein Einfall drohe. Eine ähnliche Forderung richtet die Mailänder sozialistische Stadtverwaltung an alle Gemeindevorstände im Kriegesgebiet. Das Blatt bezeichnet den neuen Lebensmittelkommissar, den Großindustriellen Crespi als für den Posten ungeeignet, da Crespi Börsenspieler sei und mit Börsenspielerkreisen eng verbunden sei.

### Die italienischen Kunstschätze.

WW, Berlin, 28. Nov. Mit dem überfüllten Müßiggang des italienischen Heeres und der Flucht der Behörden und der besten Kräfte in Venedig und Triest haben die wertvollen und teilweise unersehbaren Kunstschätze in den Kirchen, Schloßern und Sammlungen unbeschützt zurück. Das Feuer, das die abziehenden Italiener stellenweise an die Magazine legten, griff auf die Kirchen und Kunstdenkmäler über. Während der plündernde Mob bis zum Eintreffen der deutschen Truppen die wertvollen Sammlungen in der brutalen Eile nach Florenz transportierte durchwühlte und zerstörte und beschleppte. Italienische Fliegerbomben und Granaten aus weitertragenden Geschützen schenken auch nach dem Abzug der Italiener das Fortschreiten der Plünderung fort. Besonders groß sind die Zerstörungen an der Front, wo die Batterien der Italiener und der Alliierten häufig richtungslos über die Kirchen und Kirchen beschossen. U. a. wurde hier das dem österreichischen Grafen Col Alto gehörige Schloß San Salvador durch Granaten Schweizer Kavallerie planmäßig zerstört. Was von Statuen, Bildern, von Fresken, Tapestrien und Veronesen und Marzengolden Li-

gians, zahlreichen Schmuckstücken und Galerien, Türen und Mar-morkaminern vernichtet wurde, löst sich noch nicht völlig über-sehen. Durch Kunstgelehrte, die das deutsche Heer begleiten, wird zwar das Wenigstmögliche zur Bergung und zum Schutz der gefährdeten Kunstschätze getan, doch lassen sich diese Arbeiten bei dem richtungslosen Feuer, mit dem die Italiener und ihre Bundesgenossen weithin ihr italienisches Land verheeren, hinter der Kampffront nur in beschränktem Maße durchführen.

### Vom Badischen Landtag.

+ Karlsruhe, 28. Nov. Die Mitglieder der 1. Kammer wurden heute nachmittag vom Großherzog und der Großherzogin im Schloß empfangen. Der Empfang der Mitglieder der 2. Kammer durch das Großherzogspaar erfolgt am Donnerstag nachmittag.

+ Karlsruhe, 28. Nov. Die Zentrumsfraktion der 2. Kammer trat gestern zu einer Sitzung zusammen und wählte zum 1. Vorsitzenden den Abg. Dr. Zehner, zum 2. Vorsitzenden Abg. Köpf und zum 3. Vorsitzenden Abg. Dr. Scherer. Da aber bei der am Donnerstag stattfindenden Präsidentenwahl der 2. Kammer abendungsgemäß der Sitz des Präsidenten einem Abgeordneten des Zentrums zufällt und hierfür Abg. Dr. Zehner in Aussicht genommen ist, wird im Vor-sitz der Zentrumsfraktion wohl eine Änderung eintreten.

+ Karlsruhe, 28. Nov. Gemäß Allerhöchster Staatsministerial-entscheidung vom 17. November ist im Hinblick auf die infolge des Krieges bestehenden außergewöhnlichen Verhältnisse die Amts-dauer der Mitglieder des Badischen Eisenbahnrats und ihrer Ersatz-männer um ein weiteres Jahr, längstens aber bis zur Be-endigung des Krieges, verlängert worden.

+ Karlsruhe, 28. Nov. Die „Karlsruh. Ztg.“ bespricht heute die Thronrede und meint im Anschluß an die Verlesung der Re-gierung werde mit dem nun beginnenden ordentlichen Landtage die Erörterung der heraustrretenden gesetzgeberischen Aufgaben fortzuführen und ihre Lösung in Angriff nehmen, so bald es die Zeitlage gestatte, aller Voraussicht nach werden die Erörterungen einen breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen, so daß mit einer kurzen Dauer der Tagung wohl nicht gerechnet werden kann.

### Aus dem Großherzogtum.

#### Ämtliche Nachrichten.

+ Der Großherzog hat den ordentlichen Professor für Zoologie an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr. Reinhard Demoll auf sein Ansuchen aus dem badischen Staatsdienst entlassen.

+ Der Hauptkonsulent Joseph Ebert von Mannheim, der sich im November d. J. der Staatsprüfung im Sachverstand unterzogen hat, ist für bestanden erklärt und zum Regierungsbaumeister ernannt worden.

+ Das Finanzministerium hat den Finanzamtmann Richard Reimuth beim Hauptsteueramt Mannheim zum Hauptsteueramt Karlsruhe versetzt.

+ Karlsruhe, 28. Nov. Im Hinblick auf die infolge des Krieges bestehenden außergewöhnlichen Verhältnisse ist die Amts-dauer der Mitglieder des Badischen Eisenbahn-rats und ihrer Ersatz-männer um ein weiteres Jahr, längstens aber bis zur Be-endigung des Krieges, verlängert worden.

+ Philippsburg, 28. Nov. Bürgermeister Jäggi wurde zu 10 M Geldstrafe verurteilt, weil er einen 17jährigen Jüngling freige-gelassen hatte.

+ Heidesheim b. Bruchsal, 28. Nov. Schuhmachermeister Johann Müller und Frau konnten heute ihre goldene Hochzeit feiern.

+ Donaueschingen, 28. Nov. Der Würgeranschlag erhöhte die Kriegsverweigerungslage für die städtischen Beamten und Angestellten rückwärts vom 1. Oktober ab um 15 bis 30 Proz. und bewilligte Stundengulden. Die Ledigen erhalten nur 1/3 des Satzes.

### Aus der Residenz.

+ Karlsruhe, den 29. November 1917.

— Fürstliche Besuche. Prinz Heinrich von Preußen traf vorgestern nachmittag 1 Uhr zum Besuch der Großherzogin hier ein. Derselbe reiste abends 7 Uhr, von dem Großherzog zum Baden begleitet, wieder ab. — Der Fürst und die Fürstin zu Leiningen trafen vorgestern nachmittag zum Besuch hier ein. Der Großherzog empfing die Gäste am Bahnhof und geleitete dieselben zum Großherzoglichen Palais.

— Geheimrat Graf Alexander Pfisterer, der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, vollendete gestern in bewohn-dernswürdiger körperlicher und geistiger Frische sein 70. Lebens-jahr. Pfisterer stammt aus Heidelberg und wurde im Jahre 1875 drei Jahre nach Ablegung seiner zweiten juristischen Prüfung in Freiburg als Amtmann angestellt. Nachdem er in Wiesloch, Stodach und anderen Städten als Amtsdorfkond käufig war, wurde er im Jahre 1900 zum Landeskommissar in Mannheim ernannt und im Jahre 1905 als solcher nach Freiburg ver-etzt. Als Ministerialdirektor Glöckner im Jahre 1912 zum Prä-sidenten des Verwaltungserichtshofes ernannt wurde, folgte Geh. Rat Pfisterer einem Ruf als Nachfolger des Genannten in das Ministerium des Innern, um die außergewöhnliche Arbeitslast bis zum heutigen Tag mit jugendlicher Frische zu erkräften. Der Minister des Innern und seine Kollegen haben den Jubilar mit einem Blumenkranz erfreut.

— Geschäftsjubiläum. Morgen, am 1. Dezember, kann Herr Hoflieferant Joseph Mees, Erbprinzenstraße 29, das 60-jährige Jubiläum seines Geschäftes feiern. Das am 1. Dezember 1857 von Ferdinand Prinz gegründete Geschäft, das heute noch am gleichen Platze ist wie bei der Gründung, wurde am 1. Dezember 1884 von Joseph Mees, dem langjährigen Mit-arbeiter des Herrn Prinz, übernommen. Durch unermüdlichen Fleiß und Thätigkeit ist es Herrn Mees gelungen, die anfäng-lich kleine Blecherei zu einem der größten Geschäfte dieser Art auszubauen, so daß die Firma weit über Baden hinaus einen guten Ruf genießt. Wie unter dem Gründer, so war auch unter dessen Nachfolger oberster Grundsatz: Solide, dauerhafte Ware, reelle Bedienung. Die Blecherei, wie das Installations- und Ladengeschäft wurden im Laufe der Jahre bedeutend erweitert und anstelle des alten zweistöckigen Hauses am Ludwigplatz trat ein moderner fünfstöckiger Bau, der sich harmonisch dem Straßenbild anschließt. Die Leistungsfähigkeit der Firma Mees, das älteste Geschäft seiner Art am Platze, wurde auch von fürst-licher Seite anerkannt, denn im Jahre 1900 erhielt Herr Mees vom Großherzog Friedrich I. und im Jahre 1909 von der Königin von Schweden den Titel Hoflieferant. Möge es Herrn Mees, der als thätiger Meister in der badischen Handwerkskammer hochge-schätzt ist, und heute noch von früh bis spät in der Werkstatt und im Ladengeschäft mitarbeitet, vergönnt sein, noch recht lange in ungeminderter Thätigkeit das Geschäft zu führen, das unter seiner Leitung und Pflege ein so schönes und gesundes Wachst-um bekommen hat.

— Ueber die Auswechslung der Zerklingen berichtete auf der in Mannheim kürzlich abgehaltenen Konferenz der badischen Handwerkskammer Schloffermeister Sieber von Mannheim, der als Vertreter der dortigen Handwerkskammer an den Verhand-lungen in Berlin teilgenommen hat. Nach seinen Mitteilungen sollen demnächst die Entgegnungen der Beschlag-nahme von Zerklingen und Fenstergriffen aus Exportmetall durchgeführt werden. Die Handwerkskammern werden voraussichtlich beauftragt werden in Verbindung mit dem Schlofferhandwerk die Auswechslung vorzunehmen.

+ Kriegssportausflug Karlsruhe. Nachdem am Fuß- und Ver-tage alle sportlichen Veranstaltungen geruht haben, wird der Dezember sehr bemerkenswerte Wettspiele im Fußballsport zeitigen. Am 2. Dezember finden nicht weniger als 5 Verbandsspiele statt, die noch näher namhaft gemacht werden. Am 9. Dezember spielen nur zwei Vereinen gegeneinander, B. f. B. und Rhönig, das Treffen wird aber von entscheidender Wichtigkeit sein. Der 16. Dezember bringt vorwiegend die Bad.-Schwäb. A. u. B. Weierheim gegen Rhönig, und der 23. Dezember das Rückspiel der Stadtvereine in Karlsruhe, deren Rückspiel bekanntlich unlängst nach hartnäckigem Spiel einen 2:1 Sieg der Karlsruher ergab. Für Januar und Februar bestehen Verhandlungen für die Stadtvereine Karlsruhe und Mannheim für 2 Spiele.

— Unfall. Gestern abend sprang ein hier in Stellung befindliches Dienstmädchen vor dem Hause Kaiserstraße 154 aus einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie „Krankenhaus“, kam zu Fall und stürzte vor den Anhängewagen. Durch die Schutzvorrichtung wurde sie am linken Bein erheblich verletzt. Sie mußte mit dem Krankenauto ins Neue St. Vincentiushaus verbracht werden.

— Festgenommen wurden: eine Dienstmagd aus Stuttgart wegen Diebstahls, eine Waise aus Tengen wegen Verreckens gegen das lebende Leben und eine von der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Diebstahls verfolgte Näherin aus Giengen.

## Letzte Drahtberichte.

### Die Erweiterung der deutschen Seesperre.

O Bern, 28. Nov. (Schweiz. Dep. Ag.) Die Kaiserliche deutsche Gesandtschaft in Bern überreichte mit einer Note vom 20. November die am 22. November in Kraft tretende Ergän-zung zur deutschen Sperrgebietserklärung. Der Bundesrat hat durch Vermittlung des politischen Departements vom 23. den Empfang der Note bestätigt. Unter Hinweis auf seine Note vom 9. Februar betreffend die deutsche Sperrgebietser-klärung hat der Bundesrat ausdrücklich alle Vorbehalte erneuert, die er damals geltend gemacht hat.

### Die Diebstähle im Schloß Wilhelmshöhe.

WW, Kassel, 28. Nov. Die Kriminalpolizei hat heute einen 17jährigen Oertertianer dingfest gemacht, der in einer der letzten Nächte den gemeldeten großen Diebstahl wertvoller Kunstgegenstände im Schloß Wilhelmshöhe verübt hat. Der größere Teil der gestohlenen Gegenstände ist wieder herbeigeschafft worden.

### Rapp wieder Generallandschaftsdirektor.

(Berlin, 29. Nov. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, hat das preussische Staatsministerium den von dem außerordentlichen Generallandtag der ostpreussischen Landschaft am 24. Oktober zum zweitenmal gewählten Rapp als Generallandschafts-direktor bestätigt.

### Das österreichische Ministerium für Volksgesundheit.

WW, Wien, 28. Nov. Der Kaiser hat die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit genehmigt und den Ministerpräsidenten ermächtigt, den hierauf bezüglichen Ge-sehentwurf im Reichsrat einzubringen.

### Der englische „Marinismus“.

WW, London, 28. Nov. (Verspätet eingetroffen.) Ein Ergänzungssatz sieht die Einstellung von wiederum 5000 Offizieren und Mannschaften in die Marine vor. Der Hauptetat betrug 40000 Mann aller Grade.

### Die amerikanischen Bahnen.

WW, Washington, 27. Nov. (Reuter.) Das Kriegsamt hat beschlossen, die Leitung aller Eisenbahnen östlich von Chicago und den Bahnhofsverkehr, ohne auf die Rechte der Be-förderer Rücksicht zu nehmen, unter die alleinige Kontrolle zu nehmen.

### Erklärungen des sächsischen Staatsministers.

#### Die Wahlrechtsfrage. — Die Kriegszielefrage.

WW, Dresden, 28. Nov. Im Laufe der Etatsdebatte in der Zweiten Kammer erklärte Staatsminister Graf Böttner von Gschäd: Die Präsidentenwahl hat aus der Thronrede eine Herausforderung der Sozialdemokratie entnommen, weil die Thronrede nichts über die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts enthalte. Daß die Regierung eine diesbezügliche Vorlage nicht bringen würde, war schon daraus zu entnehmen, daß die Mehrheit des Hauses einem solchen Antrag ablehnend gegenüberstand. Ein Wahlrecht, das ausschließlich den sächsischen Wählern die Entscheidung in dem Staate überlassen und andere Schichten diesen Wahlen ausliefern würde, wäre ein unbilliges und un-gewisses Wahlrecht.

Ueber die auswärtige Politik bemerkte der Minister: Ueber die Kriegsziele haben sich zwei Meinungen gebildet. Die einen verlangen, daß ein Frieden erkämpft wird, der uns Opfer bringt; die anderen meinen, daß wir auf einen mög-lichst baldigen Friedensschluß hinwirken, damit die Opfer nicht mehr würden. Die Reichstagsentscheidung vom Juli 1917 konnte unmöglich die Kriegsziele beurteilen, wie sie sich im Ok-tober und November gestalten wird. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte, daß wir zu einer Verständigung mit unse-rem Gegner bereit sind, aber die Reichstagsentscheidung werden uns nicht abhalten, dem Gegner, der eine Verständigung ab-lehnt, die Folgen eines unumschränkten Krieges zu empfinden zu lassen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß wir mit unse-rem östlichen Nachbarn in absehbarer Zeit nicht zu einer Verständigung gelangen können. Es handelt sich nur darum, daß sich dort eine Regierung bildet, welche die Macht in Säch-sen hat und der deutschen Regierung ein ernstes Friedensangebot macht. Von einem solchen war bisher noch nicht die Rede. Wir haben keinen Grund, unsere Nerven zu verlieren. Unsere Lage ist auf allen Fronten ausgezeichnet. Wir dürfen der Deutschen Gesamtheit das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die wei-tere Entwicklung der militärischen Ereignisse voll verstehen wird.

### Schweden und Finnland.

O Berlin, 29. Nov. Die „B. Z.“ am Mittwoch meldet: Der finnische Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet: Der unruhigen Verhältnisse in Finnland wegen haben sich die schwedischen Behörden veranlaßt, die Entsendung von schwedischen Kriegsschiffen in Erwägung zu ziehen, um die sich dort aufhaltenden Schweden abzuholen.

### Reinliche Anfragen im englischen Unterhaus.

WW, London, 28. Nov. (Reuter.) Im Unterhaus fragte Richard Lambert:

1. Ob die russische Regierung oder irgend eine Person, die vorgibt, die russische Regierung zu vertreten, einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten zur Einleitung von Friedensverhandlungen vorge schlagen habe.

2. Wenn dies der Fall ist, welche Antwort England ge-geben habe.

Walfour beantwortete die erste Frage mit Ja. Hin-sichtlich der zweiten Frage sei von der englischen Regierung keine Antwort gegeben worden und soweit es ihm bekannt wäre, auch nicht von irgend einer der Alliierten.

**Ueberrahmehöchstpreise für Branntwein.**

Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat mit Verfügung vom 12. November 1917 auf Grund des Par. 4 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Branntwein aus Klein- und Obstbrennereien vom 24. 2. 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 179) folgende Höchstpreise der Ueberrahmehöchstpreise für die Erzeugung des Betriebes jahres 1917/18 für 1 Hektoliter reinen Alkohols aus Klein- und Obstbrennereien genehmigt:

1. für Branntwein aus Kartoffeln, Rüben, Tobinambur und Bierwürstchen 286 M;
2. für Branntwein aus Getreide 360 M;
3. für Branntwein aus Himbeeren, Brombeeren und Heidelbeeren 1600 M;
4. für Branntwein aus Kirichen 1400 M;
5. für Branntwein aus Preiselbeeren, Pflaumen, Mirabellen und Schlegeln 1100 M;
6. für Branntwein aus Weinfeste 1000 M;
7. für Branntwein aus Kernobst 900 M;
8. für Branntwein aus Steinobst und Kernobststeinen 850 M;
9. für Branntwein aus anderen Stoffen 800 M.

Dierzu sind vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes und vom Vorsitzenden der Reichsbrennweinstelle folgende Ausführungen gemacht worden:

1. Die Höchstpreise beziehen sich sämtlich auf versteuerten Branntwein und schließen die Kosten der Beförderung bis zur Verkaufsstelle des Ortes, von der der Branntwein mit der Bahn oder zu Schiff versandt wird, sowie die Kosten der Verladung dafelbst ein.
2. Die angegebenen Preise stellen lediglich Höchstpreise dar, deren Grenze nicht überschritten werden darf. Ob im Einzelfalle, insbesondere bei nicht marktgemäßer Ware, ein niedriger Ueberrahmehöchstpreis wegen mindertwertiger Beschaffenheit angemessen ist, ist nach Umständen des einzelnen Falles bei der Ueberrahme zu beurteilen.

3. Branntwein, der aus verschiedenen Rohstoffen hergestellt ist, oder der aus einem Gemisch von Branntweinen aus verschiedenen Rohstoffen besteht, wird in der Regel zu demjenigen Höchstpreise übernommen, der dem niedrigsten Rohstoffe entspricht. Eine Ausnahme gilt für Verschnitte mit reinem Kartoffelsprit.

4. Trinkbranntwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 40 Raumhundertteilen stellt eine marktgemäße Ware nicht dar und erhält daher einen angemessenen Preisabzug.

**Genossenschaftliche Bücher ins Feld!**

Es wird uns geschrieben:

Zum 82. Geburtstag Sr. Erz. des Geh. Hofrats Dr. Eduard v. Pfeiffer in Stuttgart wird das Ereignis der „Genossenschaftsspende“ laut Beschluss des Vorstandes (Prof. Dr. Wilhelm Brandt, Reichstagsabgeordneter d. Reichs) in diesem Jahre dazu verwendet, genossenschaftliche Literatur als Weihnachtsgeschenke kostenlos ins Feld ins zu versenden. Die Genossenschaftsspende ist vor zwei Jahren, am 80. Geburtstag des erfolgreichsten deutschen Genossenschaftspioniers der Ober Jahre, Eduard Pfeiffer, welcher jüngst durch seine Millionienstiftung erneut sein geminnreiches Wirken bewiesen hat gegründet worden. Die Bestimmung der Spende ist, alljährlich bei der Wiederkehr des Geburtstages das Ginstereignis zu jenen, die genossenschaftliche Wirklichkeit und Kultur fördernden Zweck zu verwenden. In diesem Jahre wird das Geld dem „Genossenschaftlichen Bücherabgabens-Ausschuss“, Karlsruhe i. B., Karlsruhe Ruppurr, überwiesen. An ihn sind die Wünsche um kostenlose Zusendung von Genossenschaftl. Literatur, auch von bestimmten Büchern, zu richten.

Bei dieser Gelegenheit werden Genossenschaften und Genossenschaftler erneut aufgefordert, die „Spende“ durch weitere Geldmittel (zu senden an den Geschäftsführer, Herrn Dr. Wilhelm, Karlsruhe, Gartenstadt Ruppurr, Postfachkonto Stuttgart 8669 in ihrer segensreichen Tätigkeit zu stärken.

**Handel, Gewerbe und Verkehr.**

**Löwenbräu München.** Der von dem Vorstand der Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München dem Aufsichtsrat vorgelegte Rechnungsabschluss für 1917/18 ergibt einen Rebertrag von 3 656 377,80 M (im Vorj. 3 007 639,59 M). Es wird beabsichtigt, von dem nach Abzug der jährungsgemäßen Abschreibungen und der Gewinnanteile einschließlich des Gewinnvortrages vom Vorjahr erzielenden 3 887 142,55 M (im Vorjahr 3 933 031,72 M), 1 800 000 M als 20prozentige Dividende zu verteilen, 950 000 M zur Verstärkung der Rücklage für Stempelabgabe und Erneuerungsbauwerk, zur Bildung einer Rücklage zum Wiederaufbau des Auslandsgeschäftes, zu außerordentlichen Abschreibungen auf Gebäude, Maschinen- und Inventarbestand und Wirtschaftsanlagen, ferner 270 000 M zu Wohlfahrtszwecken zu verwenden und den Rest von 807 142,55 M (i. B. 789 031,72 M) auf neue Rechnung vorzutragen.

**Gerichtsverhandlungen.**

**Konstanz, 28. Nov.** Wegen zahlreicher Fahrtrabdielfälle, die er in Konstanz, Offenburg und Baden-Baden verübte, wurde der oft vorbehaftete Schreiber Johann Trautwein von Saargemünd von der Strafammer zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen fälscher Liebstofls im Rückfall erhielt der Tagelöhner E. Jauch von Schweningen 2 Jahre Zuchthaus und wegen des gleichen Vergehens der Dienstfremde Franz Duschler von Wadhausen drei Jahre drei Monate Zuchthaus.



**Die gasgefüllte Wotan-Lampe**

Wotan „G“ Lampen haben gegenüber den luftleeren Drahtlampen gleicher Helligkeit den Vorteil weiterer Stromersparnis.



Die gebotene Einschränkung des Verbrauchs an elektrischem Strom erheischt für die Beleuchtung seine höchste Ausnutzung.

**MUSEUMSSAAL.**  
Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:  
Einmaliges persönliches Gastspiel  
**RITA SACCHETTO**  
und die MEISTERSCHÜLERINNEN ihrer TANZSCHULE  
Programm: Gotische Frauen, Mignon mit Eiertanz (Thomas), Coppelia-Walzer (Delibes), Phantasie (Moszkowski), Amor, Psycho u. Zephir, Große Es-Dur Polonaise (Chopin), Indisches Märchen, Pastorale (Bach), Spanische Tänze.  
Karten zu 4.- 3.- 2.- 1.- bei P. ...

**Bekanntmachung**

**Neuregelung der Magermilch-Ausgabe.**

Die bisherigen Magermilchverkaufsstellen in der hiesigen Stadt mit Ausnahme der Vororte Beierheim, Grünwinkel, Daxlanden, Rintheim und Ruppurr, werden auf 1. Dezember aufgehoben. Von diesem Tage an wird die Magermilch (oder Buttermilch) durch besonders hierzu bestellte Verkäufer zugeführt. Die Zufuhr geschieht in der Weise, daß die Milch durch den Verkäufer in den Hauseingang verbracht wird, wo sie von den Milchbezugsberechtigten, die in dem betr. Hause wohnen, in Empfang zu nehmen ist. Der Milchverkäufer darf das Haus erst verlassen, wenn er alle darin wohnenden Bezugsberechtigten mit Milch versorgt hat. Der Milchverkauf auf der Straße ist den Milchverkäufern untersagt. Die gleiche Anordnung wird hiermit ausdrücklich auch für die Zuführung der Vollmilch getroffen.

Jedem zum Bezug von Magermilch eingetragenen Haushalt wird bis zum 1. Dezember eine Magermilchkarte zugefellt. Aus dieser ist zu ersehen, welche Menge Magermilch dem Haushalt zugeweiht ist und welcher Milchverkäufer sie zu liefern hat. Die auf der Magermilchkarte angewiesene Milchmenge muß vom Verkäufer jeweils voll abgegeben werden und zwar je nach dem verfügbaren Vorrat entweder in Magermilch oder in Buttermilch. Da aber die derzeit zur Verfügung stehenden Mengen zur täglichen Versorgung aller Magermilchbezieher nicht ausreichen, wird vorerst täglich nur ein Teil der Magermilchbezieher (soweit der vorhandene Vorrat reicht) abwechselnd mit der vollen Menge versorgt. Vorläufig wird jede bezugsberechtigte Haushaltung voraussichtlich jeden zweiten Tag die ihr zustehende Menge Magermilch (oder Buttermilch) erhalten. Dabei wird auch zwischen Magermilch und Buttermilch gleichmäßig unter allen Beziehern abgewechselt. Der Preis für den Liter Magermilch (oder Buttermilch) bei Zuführung ins Haus beträgt 22 Pf.

In den Eingangs genannten Vororten muß die Milch nach wie vor in den dort errichteten Verkaufsstellen abgeholt werden.  
Karlsruhe, den 28. November 1917. 703

**Das Bürgermeisteramt.**

**Badischer Frauenverein, Abteilung II.**  
**Fröbelscher Kindergarten**  
Arlegstraße 100 2309

Anmeldungen werden täglich von 9-11 und 3-5 Uhr entgegengenommen.

**Bekanntmachung.**

Zur Delgewinnung sollen auch in diesem Jahre die Steine von rohen, gekochten oder gedörrten Kirichen, Pflaumen, Zwetschgen, Mirabellen, Reineclauden, Aprikosen (Birschen nicht), sowie Kürbisse, Apfelsinen, Zitronenkerne gesammelt werden.

Die Steine und Kerne sind nach Möglichkeit zu reinigen, von anhängendem Fruchtfleisch zu befreien und in der Sonne zu trocknen. Bei der Ablieferung müssen die einzelnen Sorten von einander getrennt sein.

Sammelstellen, bei denen die Steine und Kerne abgeliefert werden können, sind das städtische Gartenamt, Eitlingerstraße, das Gaswerk I, Kaiserallee und die Gemeindefektariate der Vororte.

Ablieferungszeit nachmittags von 3-5 Uhr.

Als Vergütung erhalten die Sammler nach ihrer Wahl für das Kilogramm abgelieferter:

- Kirichen-, Pflaumen-, Zwetschgen-, Reineclauden, Mirabellen- und Aprikosenkerne . . . 10 Pf. oder 4 Knochenbrühhüftel
- Kürbiskerne . . . 15 Pf. " 6
- Apfelsinen- u. Zitronenkerne 35 Pf. " 14

sofort bei der Ablieferung.

Wir bitten die hiesige Bevölkerung im Interesse der Allgemeinheit, die Steine des verbrauchten Obstes nicht wegzuworfen, sondern zu sammeln und bei den genannten Sammelstellen abzuliefern.  
Karlsruhe, den 24. September 1917. 885

**Der Stadtrat.**

**Bekanntmachung.**

Die zum Freihalten von Weihnachtsbäumen bestimmten Plätze auf dem Stephansplatz und dem Marktplatz (bei und in der Hebelstraße) werden

Montag, den 3. Dezember ds. Js., vormittags an die Meistbietenden öffentlich versteigert. Zusammenkunft 1/10 Uhr auf dem Stephansplatz und um 10 Uhr auf dem Marktplatz, Ecke der Hebelstraße (beim Rathaus). Die Steigchillinge sind nach dem Zuschlag sofort auf dem Platze zu bezahlen.  
Karlsruhe, den 22. November 1917. 720

**Städtische Marktinspektion.**

Bei den städtischen Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk I, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350 und Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung. Die Miete einsch. Bedienung beträgt für 1 Stunde 75 Pf.; sie ist im voraus zu bezahlen.

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am Bestimmungstage bis vorm. 9 Uhr anzubringen.  
Das Bürgermeisteramt. 702

**Fröbelseminar** für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen m. Abschlussprüf. unt. staatl. Leitung, Karlsruhe, Vorholzstr. 44. Auskunft und Prospekte: Karlsruhe, Hirschstr. 126. Geschäftsstunden täglich, ausser Samstags, 3-4 Uhr. 1875  
Der Vorstand der Abt. II des Badischen Frauenvereins.

**Großherzogl. Hoftheater.**

Donnerstag, den 29. November 1917, C 18 (graue Karten)  
**Bar und Zimmermann.**  
Komische Oper in 3 Akten. Text und Musik von A. Vogling.  
Anfang 7 Uhr. Ende 9/10 Uhr.

Fabrik elektr. Maschinen u. Apparate  
**Dr. Max Levy**  
**Elektro-Motoren**  
Fabrikationsbereich 0.01 bis 250 PS  
Kurze Lieferzeiten für die meisten Größen  
Berlin N. 65 Müllerstrasse 30.

In dieser ersten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich.  
**HARMONIUM** die Königin der Hausinstrumente  
**HARMONIUM** sollte in jed. Hause zu finden sein.  
**HARMONIUM** mit edl. Orgelton von 68-2400 M  
**HARMONIUM** auch v. Jederm. ohne Notenb. 4st. spielbar.  
Prachtkatalog umsonst.  
Alois Haier, Hofl., Fulda.

**Frauenhaare,**  
insolge dringenden sachlichen Bedarfs, sowie auch für Anzüge- und friseurtechnische Zwecke laßt zu allerhöchster Preisen  
**OSKAR DECKER**  
Friseur und Haartrödelhandlung  
Kaiserstraße 32.

**Es ist ratsam,**  
die ältesten Pelze u. Mäntel reparieren u. ändern zu lassen. Edelstoffe u. billige Ausführung Douglasstr. 8, part. 200

**Heuser's Pfalzführer**  
das beste Führerwerk durch den „Gottesgarten der Rheinpalz“ gerade zur richtigen Zeit wieder freigegeben!  
(Die vom stv. Gen. Kdo. H.A.K. als ausgezeichnet befundenen Karten werden nach dem Kriege frei nachgeliefert; aber auch ohne diese ist der Führer m. seinen Weg-u. Markierungsbeschreibungen das Werk über die Pfalz, das jeder Ausflügler haben muss.) 8087

Verlag Wilh. Marnet  
Neustadt a. Hdt.  
Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Der beste, gesündeste Sport für Jung u. Alt ist u. bleibt das Schwimmen, wovon man sich täglich im Friedrichsbad überzeugen kann. 2293  
1 Karte 10 Karten  
Mk. -50 Mk. 4.-  
Kinder Mk. -30  
Im Lebensbedürfnis-Verein einzeln zu 40 Pf.

Für meine Lehrausgabe suche ich Flügel und Pianos zu kaufen und erbittet Angebote. 2138  
Ludwig Schweisgut, Postlektoramt Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4.